

Inserate
werden angenommen
in Polen bei der Expedition
der Zeitung, Wilhelmstr. 17,
Ges. Ad. Siedle, Postleiter,
Dr. Berberitz u. Breiteler-Ede,
Otto Kieckhafer, in Firma
J. Neumann, Wilhelmplatz 8.

Berantwortlicher Redakteur:
G. Wagner in Posen.

Redaktions-Sprechstunde
von 9-11 Uhr Vorm.

Inserate
werden angenommen
in den Städten der Provinz Polen
bei unseren Agenturen, ferner bei
den Annoncen-Expeditionen
R. Moosse,
Haasenstein & Vogler A.-G.,
G. F. Hanke & Co.,
Invalidendank.

Berantwortlich für den Inseratethilf:
W. Braun in Posen.

Herausgegeben von der Posen-Zeitung
Montag, 22. Juni.

Gespräch-Anschluß Nr. 102.

Jg. 430

Die "Posener Zeitung" erscheint täglich drei Mal,
so dass auf den Sonn- und Feiertagen jedoch nur zwei Mal,
in Sonn- und Feiertagen ein Mal. Das Abonnement beträgt zweitens
Schiff 4,50 M., für die Stadt Posen, für ganz
Posenland 5,25 M. Bezahlungen nehmen alle Ausgabestellen
der Zeitung sowie alle Postämter des Deutschen Reichs an.

Deutscher Reichstag.

110. Sitzung vom 20. Juni, 11 Uhr.
(Nachdruck nur nach Ueberentommen gestattet.)

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Fortsetzung der zweiten Berathung des Bürgerlichen Gesetzbuches.

Abg. Dr. Bielhaben (Antl.): Ich war der Meinung, daß an erster Stelle der Tagesordnung heute die Gesamtabschaffung über die Gewerbeordnungsnovelle stand. In der Meinung wurde ich durch die Berichte der Tagespresse bestärkt. Da jedoch durch das Präsidium jetzt die zweite Berathung des Bürgerlichen Gesetzbuches an erster Stelle auf die Tagesordnung gesetzt ist, so bescheide ich, diese abzusehen und sofort die definitive Abstimmung über die Gewerbeordnungsnovelle vorzunehmen.

Abg. Gröber (Centr.): Ich bitte, diesem Antrag nicht stattzugeben, sondern nach der Reihenfolge der Tagesordnung vorzugehen. Ich bin überzeugt, daß wir auch fähig sind, die Abstimmung über die Gewerbeordnungsnovelle später herzuführen.

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Antl.): Ich empfehle Ihnen den Antrag des Dr. Bielhaben. Das Präsidium stellte gestern fest, daß wir beschlußfähig waren, und in der That waren wir vielleicht eine Viertelstunde beschlußfähig, später aber nicht mehr, wenn auch in der Garderothe mehr als 200 Hüte hingen. Es ist bekannt, daß die Freunde und Verwandten der Abgeordneten häufig in die Garderothe gehen und ihre Hüte dort neben die der Abgeordneten hängen. Die Thatsache steht fest, daß das Präsidium die Beschlußfähigkeit konstatirt hat, trotzdem daß Haus nicht beschlußfähig war. Sodann bitte ich den Präsidenten um Aufklärung, warum er die definitive Abstimmung über die Gewerbeordnungsnovelle nicht an die erste Stelle der Tagesordnung gesetzt hat. Es wurde uns gestern versichert, daß diese Abstimmung sofort vorgenommen werden sollte, und nur aus diesem Grunde haben wir es unterlassen, eine namentliche Abstimmung über den Antrag Richter zu beantragen.

Präsident v. Buol: Ich muß es entscheiden, von mir weisen, als ob irgend welche Zweifel über die Beschlußfähigkeit obgeworfen haben. (Bravo! im Centrum.) Als das Präsidium die Beschlußfähigkeit feststellte, waren 206 Abgeordnete anwesend, darüber war das Bureau vollständig eingt. Es ist entschieden unrichtig, daß die einzige geschäftsmäßige Art, um die Beschlußfähigkeit festzustellen, die Auszählung sei, wenn das Bureau einig ist, kann das Haus keine Einwendungen machen. Ich habe die Abstimmung über die Gewerbeordnungsnovelle deswegen nicht an die erste Stelle gesetzt, weil ein großer Theil des Hauses dies nicht wünschte, und ich bemüht bin, stets den Wünschen des Hauses nachzukommen. Ich habe in diesem Falle vollständig richtig gehandelt. (Beifall im Centrum.)

Abg. Spahn (Ctr.): Ich mache darauf aufmerksam, daß gestern ein Vertagungsantrag gestellt ist, und daß der Präsident über diesen Antrag hat abstimmen lassen, die Abstimmung über die Gewerbeordnungsnovelle konnte also nicht mehr erfolgen.

Abg. Rickert (Frei. Verein.): Ich kann die Ausführungen des Vorredners nur bestätigen. Versetzen Sie uns doch nicht in einen fortwährenden Kriegszustand. Darauf, daß jetzt bei Beginn der Sitzung wieder eine solche Feinde entbrennt, war Niemand gefaßt, sonst würden wir von Beginn der Sitzung an vollzählig hier gewesen sein. Das wir während der ganzen Sitzung beschlußfähig sind, kann Niemand verlangen; wir sind doch nicht in der Schule. Es wäre unerhört, wenn diese Mandate fortgesetzt werden sollten.

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Antl.): Ich habe die Feststellung des Bureaus in keiner Weise bezweifelt, sondern im Gegenteil bestätigt. Ich habe ausdrücklich gefragt, daß nach meiner Information das Haus eine Zeit lang beschlußfähig war und daß dies jedenfalls die Zeit war, in welcher der Abg. Iskraut die Beschlußfähigkeit angezweifelt hat. Einen Vorwurf habe ich gegen den Präsidenten nicht erhoben. Es ist eine Unwahrheit, wenn Herr Spahn behauptet, ich hätte gelagt, es seien fremde Hüte mitgezählt worden. Ich habe nur gesagt, daß es Bruch ist, daß Besucher von Abgeordneten, die mit Ihnen durch die Garderothe kommen, ihre Hüte dort anhängen. Ich muß die Insinuation des Abg. Spahn entschieden zurückweisen. (Lärm im Centrum.)

Hiermit schließt die Geschäftsordnungsdebatte. Der Antrag Bielhaben auf Umstellung der Tagesordnung wird gegen die Stimmen der Antisemiten und Konservativen abgelehnt.

Das Haus legt nunmehr die zweite Lesung des Bürgerlichen Gesetzbuchs fort.

Es wurden zunächst die §§ 130 und 134 berathen, über welche die Debatte am Freitag ausgezögert worden war.

Nach § 130 ist ein Rechtsgeschäft, das gegen ein gesetzliches Verbot verstößt, nichtig, wenn sich nicht aus dem Gesetz ein anderes ergibt.

§ 134 lautet in der Fassung der Kommission: "Ein Rechtsgeschäft, das gegen die guten Sitten verstößt, ist nichtig. Nichtig ist insbesondere ein Rechtsgeschäft, durch das jemand unter Ausbeutung der Notlage, des Leidens oder der Unexfähigkeit eines anderen sich oder einem dritten für eine Leistung Vermögensvorteile versprechen oder gewähren läßt, welche den Werth der Leistung übersteigen, daß den Umständen nach die Vermögensvorteile in außäufigem Mißverhältnisse zu der Leistung stehen."

Abg. Stadthagen (Soz.): Ich begründet einen Antrag § 134 folgendermaßen zu fassen: "Ein Rechtsgeschäft, das gegen die guten Sitten oder gegen die öffentliche Ordnung verstößt, ist nichtig." Für § 134 beantragt Redner folgende Fassung: "Ein Rechtsgeschäft, das gegen die Sitten verstößt, ist nichtig."

Abg. Hauffmann (Deutsche Bvt.) beantragt, in § 134 den zweiten Satz zu streichen, der in der Regierungsvorlage nicht enthalten war und erst von der Kommission hinzugesetzt ist. Die Kommission will das Rechtsgeschäft für ungültig erklären, wenn die Merkmale des Buches vorliegen. Hier fehlt doch aber der Bezug der Gewerbs- und Gewohnheitsmäßigkeit. Das Kriterium der die eine Partei einen außäufigen Vermögensnachteil hat. Hier-

Posener Zeitung

Hundertunddritter Jahrgang.

Inserate
werden angenommen
in den Städten der Provinz Polen
bei unseren Agenturen, ferner bei
den Annoncen-Expeditionen

R. Moosse,
Haasenstein & Vogler A.-G.,
G. F. Hanke & Co.,
Invalidendank.

Berantwortlich für den Inseratethilf:
W. Braun in Posen.

Herausgegeben von der Posen-Zeitung
Montag, 22. Juni.

1896

Montag, 22. Juni.

Inserate, die letztpreisliste Polens über neuen Raum
in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der alten Seite
20 Pf., in der Mittagsausgabe 20 Pf., an besondere
Sätze entsprechend höher, werden in der Zeitung, die die
Mittagsausgabe 20 Pf. über Normalzahle, die die
Morgenausgabe 20 Pf. über Normalzahle, eingetragen.

durch würden wieder durchaus zulässige Rechtsgeschäfte mit einem civilem Rechtsgeschäft belastet.

Abg. Gröber (Ctr.) bekämpft die Anträge Stadthagens und Hauffmanns und vittert, es bei den Kommissionsbeschüssen zu lassen.

Abg. v. Buchta (konf.) erklärt, daß er persönlich gegen den Antrag Stadthagens, aber für den Hauffmann stimmen würde.

Abg. Lenzmann (Frl. Bvt.) befürwortet ebenfalls den Antrag Hauffmann. Wenn alle Geschäfte ungültig sein sollten, wo Unexfähigkeit, Leidens oder Notlage mitstellt, so würde es überhaupt nicht viele gültig geben. Der Interpretation des Richters, der die wirtschaftlichen Verhältnisse oft nicht genügend kennt, darf nicht so viel Spielraum gelassen werden. Der Antrag Stadthagens ist mindestens überflüssig, denn der Begriff "öffentliche Ordnung" ist mit dem "guten Sitten" meist identisch. Die Annahme des Antrages Stadthagens würde gerade das Gegeathell von dem erreichen, was er bezwecken sollte, und schließlich eine Rute für die Sozialdemokratie.

Abg. Gröber (Centr.): Ich bitte, diesem Antrag nicht stattzugeben, sondern nach der Reihenfolge der Tagesordnung vorzugehen. Ich bin überzeugt, daß wir auch fähig sind, die Abstimmung über die Gewerbeordnungsnovelle später herzuführen.

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Antl.): Ich empfehle Ihnen den Antrag des Dr. Bielhaben. Das Präsidium stellte gestern fest, daß wir beschlußfähig waren, und in der That waren wir vielleicht eine Viertelstunde beschlußfähig, später aber nicht mehr, wenn auch in der Garderothe mehr als 200 Hüte hingen. Es ist bekannt, daß die Freunde und Verwandten der Abgeordneten häufig in die Garderothe gehen und ihre Hüte dort neben die der Abgeordneten hängen. Die Thatsache steht fest, daß das Präsidium die Beschlußfähigkeit konstatirt hat, trotzdem daß Haus nicht beschlußfähig war. Sodann bitte ich den Präsidenten um Aufklärung, warum er die definitive Abstimmung über die Gewerbeordnungsnovelle nicht an die erste Stelle der Tagesordnung gesetzt hat. Es wurde uns gestern versichert, daß diese Abstimmung sofort vorgenommen werden sollte, und nur aus diesem Grunde haben wir es unterlassen, eine namentliche Abstimmung über den Antrag Richter zu beantragen.

Abg. Gebhardt erklärt, daß die Regierungsvorlage zwar genügt, daß der Zusatz der Kommission aber auch nicht schädlich sei, der Antrag Hauffmann würde auch nicht mehr als die Kommissionsfassung erreichen.

Abg. Stadthagen (Soz.) bittet nochmals, wenigstens den zweiten Absatz aufrecht zu erhalten, denn unter diesen siele auch die wucherliche Ausdeutung der Arbeitskraft. Es sei ein merkwürdiges Schauspiel, daß jetzt Freiunige und Konervative Arm in Arm marschieren, und sich für Streichung dieser Bestimmung aussprechen.

Abg. Groeber (Ctr.) tritt nochmals für die Beschlüsse der Kommission ein; es sei nach den bei dem Buchgelehr gemachten Erfahrungen nötig, den zweiten Satz des § 134 als Auslegung des ersten Satzes beizubehalten.

Abg. Dr. v. Buchta (konf.) erklärt, daß er aus rein sachlichen Gründen mit den Freiunigen übereinstimmt; er würde nötigenfalls auch mit dem Abg. Stadthagen Arm in Arm gehen, falls er dessen Gründe billigen könnte.

Abg. Hauffmann (Dtsch. Bvt.) bekämpft nochmals die Kommissionsbeschlüsse, durch welche eine Unsumme von Prozessen herverursacht werden. Den Vorheil davon hätte nur die Gerichtslasse. Hiermit schließt die Debatte.

§§ 130 und 134 werden unter Ablehnung der hierzugehörigen Anträge unter Abstimmung der vierthilf der Tagesordnung der Kommission angenommen.

Es folgt die Berathung des zweiten Buches (Recht der Schulverhältnisse).

§ 235-247 werden debattlos angenommen.

§ 248 bestimmt, daß, wenn bei der Entstehung des Schadens ein Verschulden des Beschädigten mitgewirkt hat, die Verpflichtung zum Erfolg davon abhängt, inwieweit der Schaden von dem einen oder dem anderen Theile vorwiegend verursacht ist. Dies gilt auch dann, wenn sich das Verschulden des Beschädigten darauf beschränkt, daß er es unterlassen hat, den Schuldner auf die Gefahr eines ungewöhnlich hohen Schadens aufmerksam zu machen, den der Schuldner weder kannte noch kennen mußte, oder daß er unterlassen hat, den Schaden abzuwenden oder zu mindern.

Abg. Hauffmann (Dtsch. Bvt.) beantragt Wiederherstellung der Regierungsvorlage, in der die gesperrt gedruckten Worte fehlen.

Nachdem Abg. Dr. Bachem (Ctr.) sich gegen den Antrag Hauffmann erklärt hat, wird § 248 in der Kommissionsfassung angenommen, ebenso ohne Debatte §§ 249-257.

§ 258 lautet: "Werbt die aus einem gegenseitigen Vertrage dem einen Theile obliegende Leistung in Folge eines Umstandes, den der andere Theile zu vertreten hat, unmöglich, so behält er den Anspruch auf die Gegenleistung. Er muß sich jedoch dahingehend anrechnen lassen, was er in Folge der Befreiung von der Leistung erzielt oder durch anderweitige Verwendung seiner Arbeitskraft erwirkt oder zu erwerben böswillig unterläßt.

Abg. Frohme (Soz.) beantragt, den zweiten Satz zu streichen.

Nach kurzer Debatte, an der sich die Abg. Dr. Bachem (Ctr.), Frohme (Soz.), Lenzmann (Frl. Bvt.), Gebirnath Struckmann und Abg. Dr. v. Cuny beteiligen, wird § 258 unter Ablehnung des sozialdemokratischen Antrags in der Kommission angenommen.

Ohne Debatte werden angenommen §§ 259-292.

Zu § 293, der von der Übertragung der Forderung handelt beantragt.

Abg. Stadthagen (Soz.) einen Zusatz, wonach zur Gültigkeit der Abtretung des Rechts auf eine persönliche Arbeitsleistung die Zustimmung des Arbeitnehmers erforderlich ist. Unter Ablehnung dieses Zusatzes wird § 293 angenommen; desgleichen die folgenden Paragraphen bis § 486.

§ 487 lautet nach der Regierungsvorlage: "Ein allgemeines Versprechen, durch welches der Verkäufer die Gewährleistung wegen aller Fehler übernimmt, ist im Falle nur auf die Hauptmängel zu beziehen." Die Kommission daten den Paragraphen gerichten.

Abg. Hauffmann (Dtsch. Bvt.) beantragt die Wiederherstellung.

Nachdem Abg. Gröber (Ctr.) den Antrag Hauffmann bekämpft hat, wird derselbe abgelehnt. § 487 fällt also fort.

Die §§ 488 bis 545 werden unter Ablehnung einiger sozialdemokratischer Anträge, auf deren Begründung die Antragsteller verzichten, in der Fassung der Kommission angenommen; desgleichen die folgenden Paragraphen bis § 546.

§ 546 bestimmt, daß der Vermieter ohne Einhaltung einer Rückerstattungsfrist das Mietshverhältnis kündigen kann, wenn der Vermieter ungeachtet einer Abmachung einen vertragswidrigen Verbrauch der gemeinsamen Sache fortsetzt, insbesondere einen in einem Dritten befinden unbefugt überlassen Gebrauch oder die Sache durch Vernachlässigung der dem Vermieter obliegenden Sorgfalt gefährdet.

Abg. Stadthagen (Soz.) beantragt, statt "vertragswidrigen" zu lesen, "echtlich vertragswidrigen", und zweitens die gesperrt gedruckten Worte zu streichen.

Nachdem sich Abg. Gröber, Abg. v. Bemmigen und Gebirnath Struckmann dafür ausgesprochen haben, wird der erste Antrag Stadthagen einstimmig angenommen, der zweite gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt.

Ein weiterer sozialdemokratischer Antrag geht dahin, die §§ 552 bis 556, welche vom Pfandrecht des Vermieters handeln, zu streichen.

Abg. Frohme (Soz.) begründet diesen Antrag, der im Interesse der kleinen Leute durchaus notwendig sei. Das Nettononrechte des Vermieters vernichtet oft die Existenz ganzer Familien, ein Existenzminimum müßte auch dem Armuten gelassen werden. Der Hauswirth darf nicht das Recht haben, ganze Familien auf die Straße zu setzen. Der Antrag sei eine sozialpolitische Notwendigkeit.

Abg. Gröber bemerkt, daß man ein gewisses Pfandrecht beibehalten müssen, die Vorlage sei sehr milde gefaßt und bestimmt, daß die Sachen der Angehörigen nicht beschlagnahmt werden können. Wenn das Bürgerliche Gesetzbuch angenommen werde, könnte man bei der Reaktion der Civilprozeßordnung die Rechte des Vermieters noch weiter beschränken. Die Vorschläge der Kommission schließen den richtigen Mittelweg ein und enthalten alles, was man vorläufig billigerweise verlangen könnte.

Staatssekretär Dr. Nieberding erklärt, es steige in der Abstimmung der Regierung, in der Civilprozeßordnung den Kreis der Gegenstände, die gepfändet werden könnten, zu beschränken. Die Vorbereitungen hierzu seien bereits in Angriff genommen. Da das Bürgerliche Gesetzbuch eine gute Grundlage gewöhre, würde die Möglichkeit gegeben, einen Entwurf baldmöglichst dem Reichstage vorzulegen.

Der sozialdemokratische Antrag wird abgelehnt. Die Paragraphen 557-572 werden unverändert angenommen.

Abg. Stadthagen beantragt als § 572a oder an einer anderen geeigneten Stelle die Bestimmung zu setzen: "Verträge, in denen der Mieter eines Grundstücks aus anderen als in diesem Abschnitt ausgedrückten Gründen dem Vermieter das Recht einleitiger Aufhebung des Mietshvertrages oder des Nachtritts vom Mietshvertrag einräumt oder sich einer Konventionalstrafe in einer größeren Höhe als eines Wochenbezins unterstellt, sind ungültig." Redner führt zur Begründung aus, es müßt klar und unzweideutig festgestellt werden, aus welchen Gründen Mietshverträge überhaupt ungültig erklärt werden dürfen. Schon aus dem Grunde, weil viele Mietshverträge dem Vermieter das Recht gewährten, schon wegen jeder Kleinigkeit, z. B. wegen Verstoßes gegen die Haushaltungs-, die Holzzerkleinerungs- in der Wohnung, die Mietther auf die Straße zu setzen.

Abg. v. Osiembrowski-Bomian (Vole) erklärt sich gegen den Antrag, weil schon der § 22a einen ausreichenden Schutz gegen Missbrauch von Mietshverträgen gewähre.

Der Antrag Stadthagen wird abgelehnt.

Die Paragraphen 575-591, die von der Vacht handeln, werden unverändert angenommen.

Die Berathung der Paragraphen 604-611

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Int'l.): Ich wollte nur hoffen, daß die Tagesordnung noch nicht festgestellt war, als Herr Bielhaben Antrag stellte.

Abg. Dr. Bachem (Ctr.): Das ganze Haus hat die Worte des Präsidenten gehört: Die Tagesordnung steht fest. (Wiberspruch.) Auch ich wünsche, daß wir in den nächsten Wochen beschlußfähig sein mögen. Ich hoffe, daß auch die antisemitische Partei dann bis auf den letzten Mann zur Stelle ist. Wenn die Herren verlangen, daß wir hier sind und gestern sogar einen Antrag auf Auszählung gestellt haben, so müssen sie doch in erster Linie zur Stelle sein.

Abg. Liebermann v. Sonnenberg: Ich kann im voraus sagen, daß meine Partei den Wunsch des Vorredners nicht erfüllen wird. Wir haben ja schon vor Wochen öffentlich erklärt, daß wir nicht haben wollen, daß das Bürgerliche Gesetzbuch in dieser Form durchgesetzt wird. Ich fühle mich verpflichtet, nochmals zu erklären, daß meine Partei einen besonderen Zwang auf ihre Mitglieder nicht ausüben kann, weil wir einstimmig der Ansicht sind, daß das Durchsetzen des Bürgerlichen Gesetzbuches verfehlt ist.

Abg. Dr. Bachem: Von einem Durchsetzen ist nicht die Rede. Kann man sich denn eine ruhigere und sachlichere Behandlung denken, wie gestern und heute? Es ist doch Niemandem das Wort abgeschlossen worden.

Der Antrag Bielhaben wird gegen die Stimmen der Antisemiten abgelehnt, es bleibt also bei dem Vorschlag des Präsidenten.

Nächste Sitzung: Montag 12 Uhr.

Schluß 4¹/2 Uhr.

Breitwieser Landtag.

Schlussitzung der vereinigten Häuser des Landtages.

Im Sitzungssaale des Abgeordnetenhauses. Sonnabend 3 Uhr. Im Ministerium: Fürst Hohenlohe, Dr. von Bötticher, Dr. Bosse, Dr. Miquel, Führ. von Hammerstein, von der Recke, Schönstedt.

Der Vizepräsident des Herrenhauses, Führ. von Mantuusel leitet die Sitzung.

Ministerpräsident Fürst zu Hohenlohe: Ich habe dem Landtag eine alljährliche Botschaft zu verlunden (die Mitglieder erheben sich):

"Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen, haben auf Grund des Artikels 77 der Verfassungsurkunde vom 21. Januar 1850 den Präsidenten unseres Staatsministeriums, Fürsten zu Hohenlohe-Schillingsfürst, beauftragt, die gegenwärtige Sitzung der beiden Häuser des Landtages unserer Monarchie am 20. Juni dieses Jahres in unserem Namen zu schließen.

Gegeben Kiel, 19. Juni 1896.

gez. Wilhelm,

gegengez. vom gesammten Staatsministerium." Im alljährlichen Auftrag erklärt ich den Landtag der Monarchie für geschlossen.

Vizepräsident Führ. v. Mantuusel: Se. Majestät der Kaiser, unser allernäsigster König und Herr, er lebe hoch! (Die Versammlung stimmt dreimal in den Hochruf ein.) Ich schließe die Sitzung.

Schluß 3¹/2 Uhr.

Deutschland.

■ Berlin, 21. Juni. [Graf Mirbach.] Auch Graf Mirbach temptet jetzt das Reichstagspräsidium an. Er erklärt in einer Buschrit an die "Kreuzzeitg.", daß die Barthische Anerkennung "nicht gentlemanlike" ihm gegenüber seitens des Präsidenten ungerügt geblieben sei, und dadurch sei er "unbedingt gezwungen" gewesen, den von ihm eingeschlagenen Weg zu beschreiten. Die Logik ist wunderbar und es ist ja weiter nichts darüber zu sagen. Wie es im Kopfe des Grafen Mirbach aussieht, kann uns auch gleichgültig sein, und es gehört zum Ganzen, daß dieser Herr nicht die blaßeste Empfindung dafür hat, daß er selber durch seine verlegende Bemerkung über Ludwig Bambergers Anstoß erregt hat. Schließlich richtet Graf Mirbach an die liberale Presse die Bitte, sich weniger um die Lebensgewohnheiten u. s. w. ihrer politischen Gegner zu kümmern als um deren öffentliche Thätigkeit, die doch allein in den Bereich der Kritik anständiger Leute gehören. Wenn man es nun aber mit einem Hammerstein zu thun hat oder mit einem Ahlbach, oder wenn die Termingeschäfte des Herrn von Ploetz durch einen Zufall an die Öffentlichkeit kommen? Soll auch dann vertuscht werden? Verträgt sich das überspannte Ehrgesühl des Grafen Mirbach, der ein verdientes Rügwerk eines politischen Gegners sofort mit Blut abwaschen will, mit dem Verlangen, vergleichende Dinge schonend zu verhüllen? Vielleicht giebt der schreiblustige Schlossherr von Sorquitten gelegentlich Antwort auf die heile Frage.

— Die vierten (halb-) Battalione der Infanterie-Regimenter werden der "Schles. Btg." zufolge an dem Kaiserhauptmann nicht teilnehmen, sondern in den Garnisonen zu verbleiben, um die Wachtkommandos zu stellen, Garnisonsarbeiten auszuführen und sonstigen Garnisonsdienst zu leisten.

— Die im Berlage von Cäsar Schmidt in Bürsch erachtene "Geheimtheit des Ceremonienmeisters" ist, laut einer Mitteilung des Verlegers, in Preußen, Sachsen, Württemberg, Baden und den Reichslanden mit Beschlag belegt worden.

— Die "Nord. Allg. Btg." schreibt: Die "Post" will in ihrer letzten Nummer erfahren haben, die Vorschläge des Kolonialrathes zum Entwurf eines Auswanderungsgesetzes seien auf entschiedenen Widerstand in der Handels-politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes gestoßen, sodass man sich entschlossen habe, den Entwurf vorläufig ganz zurückzulegen. Diese Behauptung ist völlig unbegründet; sicherem Vernehmen nach sind die Arbeiten zu dem Auswanderungsgesetz soweit gefördert, daß die Einbringung des Entwurfs im Reichstage in der nächsten Session, und zwar zu Beginn derselben, mit Sicherheit zu erwarten ist.

— Über die am Sonntag in Elsab-Borckringen stattgehaltenen Gemeinderatswahlen liegen folgende Nachrichten vor: In Straßburg wurden von 24 zu Wählenden 15 Mitglieder von der gemeinsamen Liste der Liberalen und des Zentrums und 8 von der gemeinsamen Liste der Demokraten und Sozialdemokraten gewählt. Eine Wahl ist noch durch das Los zu entscheiden. In Meß wurden 33 Mitglieder endgültig gewählt, und zwar 21 Altmänner und 12 Eingewanderte, unter letzteren auch mit großer Mehrheit der bisherige Bürgermeister von Kramer. In Diepenhofen wurden von 10 Kandidaten 3 Alteutsche

gewählt. Viecher waren dort niemals Alteutsche Mitglieder des Gemeinderates.

W. B. Würzburg, 20. Juni. Der Verbandstag des Deutschen Frauen-Hilfs- und Pflege-Vereins unter dem Roten Kreuz sprach heute seine lebhafte Sympathie für die Einrichtung von Haushaltungsschulen aus; er erklärte ferner die Einführung einer geschulten Wochenspäle auf dem Lande für die Sache der Frauenvereine und beschloß, die daraus gerichteten Arbeiten mit dem Verein für Armenpflege gemeinsam fortzuführen. Nach Annahme einer Resolution betreffend Angliederung der Frauenvereine, soweit sie den Kranken und Armen dienen, an eine organisierte Armenpflege wurde beschlossen, den nächsten Verbandsstag im Jahre 1899 in Heidelberg abzuhalten. Als dann wurde der Verbandstag geschlossen. Generalz. D. Reim-München dankte den Gästen, sowie der Gemahlin des kommandierenden Generals des 2. bayerischen Armeekorps von Ehrländer. Geh. Regierungsrath Hoffel sprach den bayerischen Frauenvereinen sowie der Stadt Würzburg für die stehenswürdige Aufnahme Dank aus, indem er die gemeinsame Arbeit der Frauenvereine vom Roten Kreuze feierte als Faktor im nationalen Leben und als Beweis des unerschütterlichen Zusammengehangs von Süd und Nord.

Frankreich.

W. B. Paris, 20. Juni. [Deputiertenkammer.] Bei der fortgesetzten Beratung des Gesetzentwurfs, nach welchem Maßgabe für zur französischen Kolonie erklärt wird, spricht sich Bazille gegen den Gesetzentwurf aus und erinnert den Minister des Neukirchen Hanotaux daran, daß er, ehe er Minister wurde, auf die Unzuträglichkeiten der Annexion Madagaskars hingewiesen habe. Minister Hanotaux weist den ihm von Bazille gemachten Vorwurf zurück und erklärt weiter, er habe die Annexion aus Notwendigkeit, nicht aus freiem Wahl angenommen, weil es keinen anderen Ausweg bei dieser Sache gäbe. Der Minister weist darauf hin, daß diese Sache bestimmt aus der Erklärung des früheren Ministers des Neukirchen Berthelot, in welcher mitgetheilt wird, Madagaskar sei eine französische Besitzung. In diesen entheldenden Worten liege die Annexion; das Protektorat sei zu Ende gewesen, als die Königin von Madagaskar die einseitige Erklärung unterzeichnete, in welcher sie die Besitzergreifung seitens Frankreichs anzuerkennen erklärt. Frankreich habe am 11. Februar den Mächten diese definitive Besitzergreifung mitgetheilt. Die Mehrzahl der Mächte hätte den Empfang dieser Mitteilung bestätigt, andere hätten von der Besitzergreifung Kenntnis genommen. Der englische Premierminister Marquis Salisbury hätte erklärt, er halte bis zum Empfang des Wortlautes des Vertrages die bestehenden Rechte Englands aufrecht. Der Staatssekretär der Vereinigten Staaten ebenfalls Vorbehalt gemacht. Auf Verlangen Olney habe Bourgeois erwidert, der Vertrag der Vereinigten Staaten mit Madagaskar vom Jahre 1881 sei unvereinbar mit dem neuen Stande der Dinge; die amerikanischen Bürger würden auf Madagaskar die Vorherrschaft zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten abgeschlossenen Verträge genehmigen. Olney habe auf der Abgabe einer kategorischen Erklärung bestanden, in welcher an die Stelle der madagassisches Souveränität die französische Souveränität gesetzt werde. Einen anderen Beweisgrund, die Annexion zu unterstützen, hätten die Verhandlungen mit England gebildet, welches sich in Erwähnung der Annexion weigerte sich den Ansichten Frankreichs bezüglich der Zolltarife anzuschließen. Deshalb verlangte die Regierung, daß die Kammer den Gesetzentwurf annahme. (Austimmung.) Die bloße Einbringung der gegenwärtigen Vorlage habe schon die Zustimmung der Vereinigten Staaten gesichert, und dieses erste durch die Macht der Verhältnisse herbeigeführte Resultat dürfe nicht das einzige bleiben. "Wir wollen nicht daran zweifeln", fügte der Minister hinzu, "dass die relativ sekundären politischen Fragen, welche noch vorhanden sind, wenn wir sie so betrachten, sich schnell lösen lassen." (Lebhafte Beifall.) Die Kammer nimmt hierauf ohne bloßere Abstimmung den einzigen Artikel des Gesetzentwurfs an. Dennoch verlangt, daß die Sklaverei auf Madagaskar sofort abgeschafft werde. Le Mure de Villers bemerkte, die Abschaffung könne erst, nachdem entsprechende Maßnahmen getroffen seien, vorgenommen werden; es lebten im Innern der Insel mehrere hunderttausend Slaven, die man unmöglich zur Landstreicherel verurtheilen könne. De Maiz bringt eine Tagesordnung ein, in welcher die Regierung erfuhr, daß Maßnahmen zu treffen, dabingehend, daß die gesetzlich abgeschaffte Sklaverei auch tatsächlich so bald als möglich befreit werden. Méline accepierte diese Tagesordnung. Dieselbe wird mit 344 Stimmen angenommen und die Madagaskar-Vorlage in ihrer Gesamtheit gelangt hierauf mit 329 gegen 82 Stimmen zur Annahme.

Wermischtes.

■ Aus der Reichshauptstadt, 21. Juni. Über das lustige Rennen, das, wie gemeldet, am Freitag Abend gegen 7 Uhr an der Ecke der Kleist- und Ansbacherstraße zwischen einem Lieutenant der Kavallerie und einem etwa fünfundvierzigjährigen Manne stattgefunden, wird Folgendes berichtet: Der Lieutenant kam mit einer Dame die Kleiststraße entlang und wurde von einem Manne, der anscheinend auf die Dampfbahn wartete und etwas berauscht war, angesprochen. Der Offizier ging nicht auf die vertraulichen Redensarten des Mannes ein und wies diesen zurück. "Ich bin auch Soldat gewesen!" rief der Mann. Nach den Angaben einiger Leute soll er auch der Dame, in deren Begleitung sich der Offizier befand, einige Worte zuzerufen haben. Als er von dem Offizier energisch zurückgewiesen wurde, sah er diesen an der Brust, worauf der Offizier blank zog und dem Mann ein wichtige Säbelstiche über das Gesicht und den Kopf verlor. Der Mann brach sofort blutüberströmt zusammen und wurde in bewußtlosem Zustande nach der Drogen- und Farbenwarenhandlung von Otto Sasse gebracht, wo der rasch herbeigeholte Arzt Dr. Joseph einen Röthverband anlegte. Am Kopfe klafften vier große Wunden, die Schädeldecke war fast vollständig zertrümmert. In der Drogenklinik kam der Mann einige Augenblicke lang zur Besinnung und gab an, Invalide zu sein. Darauf wurde er wieder bewußtlos und von Schuhmännern in eine Drosche getragen und nach dem Charlottenburger Krankenhaus gebracht. Die Verzweiflung an seinem Aufkommen. Der Offizier begab sich sofort nach dem nächsten Polizeibureau, wo er den Vorfall zu Protokoll gab. Die Besönlichkeit des Verwundeten ist noch nicht festgestellt. — Eine andere Version besagt: Der Offizier ging in Begleitung einer jungen Dame auf dem Wittener Platz an einer Bude vorüber, auf welcher ein Arbeiter Platz genommen hatte. Derjelbe habe sich gegen die junge Dame ungebührlich benommen und, als er von dem Offizier deswegen zur Rede gestellt worden sei, diesen zunächst mit seinem Stock bedroht; im weiteren Verlauf des Wortwechsels sei er handgreiflich geworden und habe den Offizier zu Boden geworfen. Der letztere sei alsdann aufzupassen und habe seinem Angreifer mit dem Säbel mehrere Schläge über den Kopf versetzt. — Der blutige Vorgang, der sich innerhalb weniger Minuten abspielte, veranlaßte einen gewaltthaften Auslauf.

■ Das Kaiserpaar in Kiel. Aus Kiel, 20. Juni, wird gemeldet: Der Kaiser und die Kaiserin verblieben bis heute Mittag an Bord der "Hohenzollern" und schiffen sich sodann an Bord S. M. Yacht "Meteor" zur Teilnahme an der Regatta des Norddeutschen Regattaver eins. Prinz Heinrich und G-mahlin, sowie die Herzogin Ferdinand zu Sonderburg Glücksburg führen

an Bord der Yacht "Espérance" zur Beobachtung der Regatta in See. Um 11 Uhr 55 Min. starteten in 6 Klassen 27 Yachten, darunter S. M. Yacht "Meteor". Der Kaiser blieb nach der Regatta an Bord des "Meteor". Der Kronprinz und Prinz Etzel Friedrich trafen heute Nachmittag in Begleitung ihrer Gouverneure des Generals von Deines und des Obersten Lynder aus Böhmen zum Besuch des Kaisers und der Kaiserin hier ein. Die Prinzen begaben sich in einer Balsasse an Bord der "Hohenzollern". Dort wurden sie auf das Herzlichste empfangen. — Bei der ersten Regatta errang in der Klasse I des Kaisers Yacht "Meteor" den 1. Preis und den Wanderpreis des Kaisers "Baruna" des Fürsten zu Schaumburg-Lippe den 2. Preis. In Klasse II erhielt "Hertha" den 1., "Elisabeth" (Besitzer Böhlener-Hamburg) den 2. Preis, in Klasse III erhielt "Völde" der Yachten-geellschaft des fächerlichen Yachtclubs den 1. Preis und den Wanderpreis des fächerlichen Yachtclubs des Kaisers. In Klasse IIIA erhielt "Kommodore" des Großherzogs von Mecklenburg-Schwerin den 1., "Urania" den 2. Preis, in Klasse IIIB "Luna" (Besitzer Berthold Arons-Berlin) den 1. und den Erinnerungspreis des Kaisers, "Susanne" (Besitzer Geheimrat Oden-Wannsee) den 2., in Klasse IV A "Witte" den 1., "Rosa" (Schlüsselfeld-Hamburg) den 2., in Klasse IVB "Krimhilde" (Kirsten-Hamburg) den Kommodore-Preis, "Sassa" den 2., "Baby Nanch" den 3. Preis; in Klasse V errang "Swanhild" (Bichel-Hamburg) den 1., "Gudrun" (Besitzer Prinz Heinrich von Preußen) den 2. in Klasse VI "Elf" den 1., "Katharine" den 2., "Perle" (Bel. v. Röder-Berlin) den 3., in Klasse VII "Busard" den 1., "Luo" den 2., "Vita" (Bel. v. Mendelsohn-Berlin) den 3. Preis.

Vom 21. d. wird aus Kiel telegraphiert: Der Kaiser und die Kaiserin verblieben heute Vormittag mit den fächerlichen Prinzen an Bord der "Hohenzollern", wo dieselben dem Gottsdienste beiwohnten. Später meldete sich bei dem Kaiser der Staatssekretär des Reichsmarineamts Admiral Hollmann, welcher in vergangener Nacht hier eingetroffen ist. Um 10 Uhr 45 Min. fuhren der Kaiser und die Kaiserin und die fächerlichen Prinzen in Begleitung des Admirals Hollmann mit einem Dampfschiff zur Barbarossabrücke. Die Kaiserin begab sich alsdann mit den Prinzen zum Besuch des Prinzen und der Prinzessin Heinrich nach dem Schloss, während der Kaiser mit dem Staatssekretär Hollmann zur Yacht "Meteor" fuhr. Nach kurzem Aufenthalt kehrte der Kaiser mit dem Staatssekretär nach der Barbarossabrücke zurück, woselbst letzterer ausstieg um sich zur Kaiserwerft zu begeben. Der Kaiser begab sich herausüber an Bord "Hohenzollern", wohin 11¹/₂ Uhr die Kaiserin und die Prinzen folgten. Bei starkem Südwestwind fand Mittags die Segelregatta des "Norddeutschen Regattaver eins" statt. 30 Yachten in 4 Klassen nahmen daran teil. Die großen Yachten, darunter S. M. Yacht "Meteor", starteten heute nicht, der Kaiser begleitete die Fahrt mit Bord Bonsdale auf dessen Dampfschiff "Evangelie". Die Kaiserin, die Prinzessin Heinrich und die fächerlichen Prinzen fuhren auf der Yacht "Espérance" zur Beobachtung der Regatta in See. Prinz Heinrich steuerte persönlich seine Yacht "Gudrun", welche den ersten Preis errang. Um 8 Uhr kehrten "Evangelie" und "Espérance" in den Hafen zurück. Die Hamburger Yacht "Volx" ist gekentert, die Besatzung wurde gerettet. — Der Kronprinz und Prinz Etzel Friedrich sind heute Abend 6 Uhr von hier nach Böhmen zurückgekehrt.

■ Deutschland und die Brüsseler Weltausstellung. Aus Berlin wird unter dem 20. Juni gemeldet: Unter dem Voritz des Prinzen Carl Anton von Hohenzollern fand hier selbst die Konstituierung der "Deutschen Kommission für die Brüsseler Weltausstellung 1897" statt. Zum Ehrenpräsidenten wurde gewählt: Prinz Carl Anton von Hohenzollern; zum Präsidenten: Geh. Kommerzienrat Herz, Präsident der Aeltesten der Kaufmannschaft von Berlin; zu Vizepräsidenten: Kammerherr Arnold Führ. v. Solemacher-Antweiler; Fabrikbesitzer Ernst Vorla, Berlin; Kommerzienrat Höhler, Reichsrath der Krone Bayern, Präsident des Centralverbands Deutscher Industrieller, Augsburg; königl. Generalkonsul Georg Goldberger, Berlin. Zum General-Konsul der Deutschen Abteilung wurde Geh. Kommerzienrat Hugo Günther berufen. Es gehörten dem Komitee außerdem folgende Mitglieder an: Heinrich Albert, Bierlich; Fabrikbesitzer Arnolds, Köln; Direktor Barnewitz, Berlin; Konsul Behrends, Frankfurt; Generalkonsul Biedens, Hamburg; Konsul Lenhart Reichenbach-Nürnberg; Mitglied der Handelskammer Bing Nürnberg; Dr. James von Bleichröder, Schloss Dresda; Rittergutsbesitzer v. Both-Neugaard-Mecklenburg; Präsident der Handelskammer Kommerzienrat von Tönn, Hannover; Präsident der Handelskammer Kommerzienrat Delius, Lübeck; Konsul Dierdam, Leipzig; Präsident der Akademie der Künste Gebelkraut Ende, Berlin; Carl Faber, Nürnberg; Generalkonsul von Federer, Stuttgart; Geh. Regierungsrath und Stadtpräf. Friedel, Berlin; Sekretär der Handelskammer Dr. Gentel, Leipzig; Fabrikdirektor Goldküker, Berlin; Kommerzienrat von Gründl, Nürnberg; Präsident der Handelskammer Geh. Kommerzienrat von Guatta, Frankfurt; Kommerzienrat Haas, Mannheim; Mitglied des Herrenhauses und Reichstags Graf Hompesch-Rüsch; Konsul Houget, Hannover; Vorstehender des Centralvereins für Handelsgeographie etc. Dr. Jannach, Berlin; Robert Kirsten, Hamburg; Fabrikbesitzer Körting, Hannover; Fabrikbesitzer Krämer, Düsseldorf; Prof. Lissar, Berlin; Mitglied des Herrenhauses Ignaz Frhr. v. Landsberg, Drensteinfurt; Mitglied des Abgeordnetenhauses Freiherr von Ollendorff; Franz Freiherr von Uppenheide, Berlin; Fabrikdirektor J. Voewe, Berlin; Kommerzienrat Lübeck, Berlin; Mitglied der Handelskammer Dr. H. Peter, Bremen; Generalkonsul Kommerzienrat Neumarkt, Nürnberg; Heinrich Freiherr von Ollendorff, Hamburg; Generalkonsul Albert von Oppenheim, Köln; Präsident der Polytechnischen Gesellschaft Senator Dr. von Doen, Frankfurt; Direktor J. Peter, Berlin; Mitglied der Handelskammer Apert, Hamburg; Felix Simon, Berlin; Stellvertreter Vorstehender der Handelskammer Kommerzienrat Talbot, Aachen; Vorstehender der Handelskammer Geh. Kommerzienrat Thiele, Leipzig; Konsul Beyhausen, Bremen.

Die Geschäftsführung der "Deutschen Kommission" ist Herrn Dr. Jannach übertragen und findet an denselben als Leiter der Geschäftsstelle: Berlin B. Lutherstraße 5, alle die "Brüsseler Weltausstellung 1897" betreffenden Anfragen, Anmeldungen etc. zu richten.

Radwettfahren im Schilling.

— dt. Posen, 21. Juni. So sehr es verhindert ist, vom Wetter zu sprechen, von so großem Einfluss ist trotzdem das Aussehen des Himmels auf viele Sachen, unter denen wieder ein Wettrennen in erster Linie von ihm abhängt ist. Der mit Regen drohende Sonntag ließ von vornherein keinen sehr starken Besuch wahrscheinlich sein, jedoch waren trotzdem alle Plätze fast lädenlos besetzt, und einzelne Plätze waren vollständig ausverkauft, so dass man dem Verein für Radwettfahren zu seinem neuen Erfolge gratulieren kann. Unter den Zuschauern sahen wir auch den Herrn Kommandanten, Generalleutnant v. Stoßlitz, der in Vertretung des verreisen Herrn Kommandierenden General v. Seest zu Preisverteilung im Militärfabrik er erschienen war. Auch der Herr Polizeipräsident v. Nathusius war anwesend. Einmal nach 3¹/₂ Uhr begannen die Rennen bei hellem Himmel und nahmen folgenden Verlauf:

I. Rennen unter 1000 Fuß, Strecke 2000 Meter (5 Runden). 3 Grenpreise. Offen für Fahrer, die noch keinen ersten Preis bei öffentlichen Wettfahrten errungen haben. § 12 Neuanordnung.

10 Räder am Start. 1. O. Hoffmann - Radf.-Ver. Bösen v. 1886 in 3 Min. 20 Sek., 2. A. Baranowski - Bösen, 3. C. Stoebe - Radf.-Ver. Bösen v. 1886. — Die Hoffmannen, welche wir legentlich des vorigen Rennberichts auf O. Hoffmann festsetzen, hat derselbe heute — in diesem Rennen wenigstens — erfüllt. Das von Hugo Eitner-Krotoschkin in gutem Tempo geführte Feld blieb sehr hübsch geschlossen bis zur vorletzten Runde, wo sich Hoffmann sehr geschickt und unaufällig zu platzieren wußte, so daß er beim Glöckenzischen als Zweiter lag. Der Endspurt war in Anbetracht der verhältnismäßig guten Zeit von 3 Min. 20 Sek. noch sehr reizvoll. A. Baranowski, der zweite Sieger, wurde dem ersten nicht direkt gefährlich. Anzuverlennen ist, daß er jedes angeschlagene Tropo nachläuft und, wenn er einmal Anschluß gesetzt hat, nicht wieder losläßt. Es fehlt ihm aber an Initiative. Er kam eine Länge nach Hoffmann in sicherer Fahrt, aber ohne Aussicht auf den ersten Platz ein. Das Feld, an dessen Spitze C. Stoebe einen hart bedrängten 3. Preis gewinnt, war weit ab.

II. Seniorensfahren mit Borgabe. Strecke 2000 Meter (5 Runden) 3 Ehrenpreise. Offen für Fahrer, welche das 30. Lebensjahr überschritten haben. 5 Rennen, Alles am Start. Die größte Borgabe betrug 250 Meter. 1. Amende - Berlin in 3 Minuten 26 Sekunden. 2. Udo Busse - Radfahrer-Verein Bösen von 1886. 3. Wild. Born - Blegnitz. Der einzige Radfahrer Amende hat schon nach einer Runde Anschluß und zieht nun Busse und Born, die 80 resp. 90 Meter Borgabe hatten, in gutem Tempo mit. Die größeren Borgaben werden sicher genommen, und Amende landete einen schönen Sieg; Busse geht in zähem Anschluß mit und kommt sicher als Zweiter mit einer Länge Abstand ein. Die Zeit ist für ein Seniorensfahren anerkennenswert.

III. Fahrer um den Ehrenpreis des Deutschen Radfahrer-Bundes. Strecke 4000 Meter (10 Runden) 3 Ehrenpreise. Maximalzeit 7 Minuten. Wird diese überschritten, so tritt eine Kürzung des 2. und 3. Preises um $\frac{1}{4}$ des Wertes ein. 9 Rennen, 5 Räder am Start. 1. Rudi. Böck - Leipzig in 7 Min. 9 Sek. 2. Paul Bieret - Radf.-Verein Bösen von 1886. 3. Amende - Berlin. Das Rennen lag von vornherein zwischen Stöck und Bieret, auf den Bösen große Hoffnung setzte, und zwar, wie dies Rennen zeigte, nicht mit Unrecht. Er ist jedenfalls Böser Fahrer, der auf den Rennen dieser Saison am besten in Form war, und zeigte auch absolut genommen gutes Können. Bei starker Fahrt auf längerer Strecke ist er ein sehr gefährlicher Konkurrent. Zum ersten Mal wurde dem Leipziger Stöck auf unserer Bahn von einem Böseren Fahrer der Sieg wirklich schwer gemacht. Von den 10 Runden führte C. Stoebe - Bösen die größte Anzahl, so daß er den Führungskreis erhielt, der kurz vor dem Rennen noch ausgetragen war. Bei dem Rennen herrschte bestiger Wind, der das Fahren auf der Richtseite außerordentlich erschwerte, in Anbetracht dieses Umstandes ist das Tempo nicht übel. Beim Glöckenzischen ist das Feld wieder geschlossen, noch bevor vor der Kurve Amende sich vor den bis dahin aufreihenden Stoche gesetzt hat. Bieret und Stöck liegen nebeneinander auf der Bauer. Bei dem Böcken in Bieret, ganze Runden in kurztartigem Tempo zu fahren, wäre jetzt für ihn Zeit gewesen, loszugehen. Bei der immer noch verhältnismäßig ruhigen Fahrt waren ihm mehrere Längen Vorsprung auch vor Stöck sicher, den wir schon in besserer Form gesetzen haben, und der ihn nach $\frac{1}{4}$ Stunden überaus verschärftem Tempo möglicherweise nicht mehr gedrückt hätte. Wir toxiken einen Sieg Bierets auf diese Weise gegen Stöck mit $\frac{1}{4}$, oder $\frac{1}{2}$, Länge schon jetzt für leicht möglich. In einem direkten Kampf im Endspurt ist der Leipziger den Böseren immer noch überlegen, und so kam es, daß Bieret Zweiter wurde mit etwa $\frac{1}{2}$, Längen Abstand. Aber auch hierbei ist beachtenswert und bestätigt daß vorher gesagte, daß Bieret bis zum letzten Augenblick auskam, was ihn in eine entzündliche Klasse bringt. Die Technik siegte, die Fähigkeit war gleichwertig. Von Hoffmann hätten wir mehr erwarten in diesem Rennen, denn der möglichen Platz und an Bieret angehängt hätte, anstatt mittler im Felde zu bleiben. Zeit genug war dazu da, denn die ganze Runde nach dem Läuten wurde in derselben Reihenfolge gefahren. So günstig die Innenlage an sich ist, so verbleibt ist es, sie in der letzten Runde innenzuhalten, wenn man nicht auf dem zweiten Platz liegt, denn die Gefahr des Eingeschlossenen ist zu groß, und ihr ist auch Hoffmann zum Opfer gefallen, sonst hätte er Amende sicherlegen müssen. — Die Maximalzeit von 7 Minuten wurde um 9 Sekunden überschritten, so daß eigentlich nach der Proposition eine Kürzung des Preises eintreten müßte, doch ist wahrscheinlich hier von Abstand genommen worden in Anbetracht des scharfen Windes, der die geringe Überhöhung rechtfertigt.

II. Militärsfahren, Strecke 7500 M. (18% Runden) 3 Ehrenpreise, offen für alle Militärpersönlichen vom Feldweibel abwärts. 6 Rennen, 4 Räder am Start. Ein Stabsoffizier des bietigen Garnisons übernahm das Befehlshabamt und begab sich zu dem Zweck auf die Befestigung. 1. Radf. Serg. 5. Komp. Regts. 46 in 16 Min. 23 Sek., 2. Gold, Feldw., 7. Komp., Regts. 6, 8. Donn, Unterkommandant, 13. Komp., Regts. 46. Die Zeit, in der das Rennen gefahren wurde, ist keine hervorragende, was allerdings wohl mit an dem Bestreben lag, möglichst geschlossen zu fahren. Immerhin durfte mit Müdigkeit auf den besonderen Zweck des Militärsfahrens dies Bestreben nicht so weit gehen; wer eben ein verschärftes Tempo nicht halten kann, fällt ab. Die mögliche Fahrt hatte dafür freilich den Vortheil, die Fahrer füchsig in die letzte Runde zu bringen, wo sich zwischen Feldw. Gold und Serg. Radf. ein scharfer Endkampf abwickelt, den letzterer mit brillantem Spur gewinnt. Der 3. Sieger fährt, trotzdem er in einer Kurve die Pedale verliert, seinen Platz unangefochten nach Hause. — Den Siegern wurden die Preise von Herrn General-Major v. Böschus überreicht, der ihnen herzlich gratulierte und sie mit Handschlag entließ. Die Preise bestanden in einem Rauchservice, einer Kaiserbüste aus der Gladbach'schen Gießerei und einem Schreibzeug.

V. Borgabefahren. Strecke 2000 Meter (5 Runden) 3 Ehrenpreise. 15 Rennen, 9 Räder am Start. 1. Rudi. Stöck - Leipzig in 3 Min. 13 $\frac{1}{2}$ Sek., 2. Paul Bieret, 3. A. Baranowski. Die drei Radfahrer Stöck, Amende, Bieret gehörten unwiderrücklich vor, sodass die Borgaben sicher geholt werden. Das verschärfteste Tempo hält Amende nicht lange aus, er fällt ab, während sich von den Fahrern mit Borgaben die besseren bis zur letzten Runde anhängen. Das ganze Fahren ist eigentlich ein Duell zwischen Stöck und Bieret, das genau wie das erste Mal verläuft. Hoffmann (50 Meter Borgabe) ist wieder eingeklossen, während Baranowski (60 Meter Borgabe) seine Fähigkeit, ein schnelles Tempo nachzufahren, auf den dritten Platz bringt. Die Zeit ist für die Böseren Böhn geradezu vorzüglich. — Gegen Baranowski wurde nach beendigtem Rennen von O. Hoffmann Protest eingereicht, weil ihn ersterer auf der Geraden im Spur durch Bedrängen gebündert hat. In der letzten Geraden darf nämlich die Fahrtrichtung nicht mehr geändert werden. Baranowski wurde disqualifiziert, und O. Hoffmann erhielt den 3. Preis zuerkannt.

VI. Trockenfahren mit Borgabe. Die Borgaben werden am Start festgesetzt. Strecke 2000 Meter (5 Runden) 3 Ehrenpreise. 7 Rennen. Aus dem Borgabefahren wurde ein Maljahr. 1. Franz-Gleiwitz in 3 Min. 27 Sek., 2. Neumann - Schleusenau, 3. Eitner-Krotoschkin - Radf.-Verein. Wenn kein überlegener Fahrer dabei ist, gestaltet sich auch ein Trockenfahren mit $\frac{1}{2}$, Länge.

Nachdem es während des Rennens schon mehrmals angefangen hatte, ein wenig zu regnen, brachte ein Windstoß plötzlich einen organen Regenschauer, der glücklicher Weise nur kurze Zeit anhielt. Der Schlub der Rennen erfolgte bei hellem Himmel.

Mit dem Ergebnis der Rennen können die Böseren Radfahrer wohl zufrieden sein. Die gute Form Bierets läßt doch manchen schönen Sieg voraussehen, und die Hauptaufgabe ist, daß ein wirklicher Fortschritt zu verzeichnen ist, was man aus dem schweren Kampf des Leipziger Siegers genau ersehen konnte. Der zweite Böseren Radfahrer, dem wir die Fähigkeit zutrauen, Leute von der Klasse des Stöck scharfe Konkurrenz zu machen, und dem es auch an dem nötigen Elan der letzten Runde und an Selbstständigkeit im Vorgehen nicht fehlt, der Böseren Elsässer, war leider durch einen Defekt an seiner Maschine im Training behindert gewesen und starke deshalb nicht. Vielleicht hören wir noch von ihm. — Abends fand Preisvertheilung bei Mühlus statt, der sich ein längeres Beisammensein der Sportkollegen mit ihren Damen anschloß.

Lokales.

Bösen, 22. Juni.

n. Unser Landtagsabgeordneter Herr Jäckel hat, wie wir hören, die auf ihn fallende Wiederwahl zum Stadtrath definitiv abgelehnt.

* Einige höhere Offiziere sind aus Berlin hier eingetroffen und im Hotel Mylius abgestiegen, u. z. der General der Artillerie Adler v. d. Blanck, Mitglied der Landesverteidigungskommission, ferner der Chef des Ingenieur- und Pionierkorps General v. Golz und der Generalmajor v. Kettler, Kommandant der 1. Fuß-Artillerie-Brigade, sowie deren Adjutanten.

n. Heute Nacht wurde der Böker Kainz von zwei Personen, die ihm von der Eichwaldstraße aus nachgeschlichen waren, in der Franziskanerstraße angefallen. Auf die Hilferufe des Geistlichen kamen mehrere Personen und ein Schuhmann hinzu, welche den einen der Tärolle festnahmen, während der andere, dessen Namen jedoch bekannt ist, entflohen.

n. Heute Nacht wurde in der Nacht von Sonnabend zu Sonntag der Wächter Beinst in Wilda von den Arbeitern Gebrüder Wittner und dem Arbeiter Strzyzczak. Der Wächter machte von seiner Waffe Gebrauch und schlug dem einen Wittner mehrere Schläge ein, während Strzyzczak verschiedene Verlebungen am Kopf erfuhr.

* Feuer. Vergangenen Sonnabend Abend 11 Uhr war Wachauerstraße Nr. 8 in Folge eines Schornsteinbrandes das mit Pappe eingedeckte Schindelbacht in Brand gerathen. Die Feuerwehr löschte den Brand in kurzer Zeit.

Aus der Provinz.

F. Ostrowo, 19. Juni. [Kreisstadt] Im Sitzungsraum des bietigen Kreisständehauses trat dieser Tage der Kreistag des Kreises Ostrowo zu einer Sitzung zusammen. Aus dem Stande der Mitturgutsbesitzer waren 14 Herren vertreten. Die Stadt Ostrowo hatte die Herren Justizrat Meyer und Kaufmann Simon Spiro und die Landgemeinden die Witwe Klytosch-Bendziesch v. Skrobatsch, Kania und Bawaldski-Wittek entsandt. Von den Mitgliedern des Kreisausschusses wohnten der Oekonomie-Kommissionsrat Goldstein und Bürgermeister Ressel-Ostrowo der Verhandlung bei. Vor Erledigung der Tagesordnung wurden die Herren Spiro, Ressel, Otto Hoffmann und Wladislaus v. Szczepkowski der Versammlung vorgestellt und in dieselbe eingeführt. Zu Beginn der Sitzung wurde über Herstellung von Plasterungen debattiert und einstimmig beschlossen, von der Ausführung der projektierten Chausseebauten überhaupt abzusehen, dagegen die Wege Slawin-Psarch, Legion-Szegom, Wengry-Slimniki Bahnhof, Strzegow-Gostyryha und Wengry-Chotow auf Kreis Kosten zu kostern, wenn die Provinz 50 Prozent des Kostenanschlags trägt. Die Kosten der Plasterungen sollen durch eine Anleihe gedeckt werden. Mit den weiteren Maßnahmen soll der Kreisausschuss beauftragt werden. Hierauf wurde beschlossen, die Unterhaltung der von ständig angestrahlten Plasterungen daurend auf den Grat des Kreises zu übernehmen. Weiterhin erklärte sich die Versammlung damit einverstanden, die Chaussee Witkowit-Szegom von der Ostrower Kreisgrenze ab über Befirze-Alt-Pasewke weiter zu zu bauen, vorausgesetzt, daß die Provinz die übliche Gehilfe bewilligt und die Unterhaltung übernimmt, auch die Gemeinde Westsack-Pasewke und Graf Szembel den erforderlichen Grund und Boden unentgeltlich hergeben, letzterer auch einen freiwilligen Beitrag von 3000 Mark leistet. Die Kosten sollen durch eine Anleihe gedeckt werden. Mit den weiteren Maßnahmen zur Ausführung dieses Beschlusses wird der Kreisausschuss beauftragt. Bei der Beratung einer Verbindungschaussee von der Gorzno-Kotowice-Tchausee nach Bahnhof Skalmierzyce wurde noch längerer Debatt einstimmig beschlossen, von dem Bau dieser Chausseee abzusehen, dagegen eine Kleinbahn in der Richtung auf Kurowitschan die Breschenex Kreisgrenze auszubauen, vorausgesetzt, daß der Kreis Breschen die Kleinbahn bis Turko fortsetzt. Der Kreisausschuss soll die Aufgabe erhalten, mit dem Kreis Breschen wegen des weiteren Ausbaues der Kleinbahn, sowie mit dem Landeshauptmann wegen Bewilligung einer Provinzialbehilfe in Verbindung zu treten. Darauf beschloß die Versammlung, der Gemeinde Biskupice zur Beschaffung einer Feuerprize eine Kreisbehilfe von 300 M. zu bewilligen. Schließlich wurde noch bestimmt, die bisher gewährten Prämien für die Fleischbeschauer des Kreises für Errichtung von Trichtern auch weiterhin zu bewilligen. An Stelle des Landeskonsuls Hoffmann hier selbst wurde als Mitglied in die Befreiungskommission Kreisbaumeister Dahms gewählt.

Aus den Nachbargebieten der Provinz.

* Demmin, 19. Juni. [Von einer großen Feuerbrunst] wurde dieser Tage das Dorf Drewitz heimgesucht. Dreißig Gebäude sind in Flammen ausgegangen. Beider sind auch fünf Menschen in dem Feuer zum Opfer gefallen, mehrere Verletzte wurden durch Brandwunden schwer verletzt.

* Görlitz, 20. Juni. [Hinrichtung.] Scharfrichter Reinhard aus Neugabburg vollstreckte heute früh 5 $\frac{1}{2}$ Uhr im Hof des Gerichtsgesängnis das Todesurteil an dem Weber August Engemann aus Gerlachshain, welcher am 2. Mai 1895 seinen 74-jährigen Onkel, den Weberei-Engemann, ermordet und beraubt hatte.

* Graudenz, 20. Juni. [Die westpreußische Molerei-Ausstellung] wurde heute Vormittag im Saale des Tolls von dem Vorsitzenden des Ausstellungskomitees, Mitturgutsbesitzer Blehn-Gruppe, in Anwesenheit des Vorsitzenden der Westpreußischen Landwirtschaftskammer, v. Battamer-Blaith, der Mitglieder des Komitees, des Herren Ersten Bürgermeister Kühnast-Graudenz, einer Anzahl Aussteller, Landwirthe und Damen eröffnet. Die Molerei-Ausstellung wird bekanntlich innerhalb des Rahmens der Graudenser Gewerbe-Ausstellung veranstaltet.

Telegraphische Nachrichten.

Kiel, 21. Juni. Heute Abend traf der Bökeling Vi-Hung-Tschang in Begleitung seines Gefolges mittels Sonderzuges hier ein und wurde am Bahnhofe von dem Staatssekretär des

Reichsmarineamts Admiral Hollmann, dem Chef der Marinestation der Ostsee, Oberstleutnant Thomsen, dem Oberstabsdirektor Kapitän Diederichsen und dem Stadtkommandanten Oberstleutnant v. Höpfer empfangen. Eine überaus zahlreiche Menschenmenge begrüßte den Bökeling mit wiederholten lebhaften Hurraufen. Nach der Vorstellung der zum Empfang erschienenen Berlinerkeiten fuhr der Bökeling nach seinem Amtssitzquartier Bellevue. Morgen früh wird derselbe S. M. Schiff "Kurfürst Friedrich Wilhelm", die kaiserliche Werft und die Germania-Werft besichtigen.

Hamburg, 20. Juni. Wie die "Hamburg. Börsenblätter" meldet, bestätigt sich die von New York aus verbreitete Nachricht über den Ausbruch einer Revolution in Guatemala nicht. Auf mehrere von bestens groben Firmen nach Guatemala gerichtete telegraphische Anfragen sei die Antwort eingegangen, daß in Guatemala alles ruhig sei.

Dresden, 20. Juni. In Gegenwart des Königs und der Königin ist heute Vormittag die Ausstellung des sächsischen Handwerks und Kunstgewerbes eröffnet worden.

Nürnberg, 20. Juni. Der König von Württemberg, welcher gestern hier eintraf, belohnte gestern Nachmittag den frischen Gouverneur von Ostafrika, Freiherrn v. Soden in Vorra. Heute Mittag kam der König nochmals nach Nürnberg und besuchte Nachmittags die biesige Landesausstellung.

Budapest, 20. Juni. Im Abgeordnetenhaus wurde heute die Vorlage betreffend die Erhöhung der Zölle erörtert. Der Referent Lang empfahl die Vorlage, da die Zuckerindustrie des Schuges bedürfe. An der gegenwärtigen Campagne seien 150 000 Zoll ungarnischen Bodens interessirt. Josias Molnar (Ungarfraktion) betonte, die Vorlage diene nur der österreichischen Industrie, dem Interesse der ungarischen Zuckerindustrie widerstreite die Ausnahmeprämié. Deßwider Bernath führte aus, Österreich erzeuge doppelt so viel Zucker als Ungarn, welches wenigstens eine Million zu Gunsten Österreichs ohne Gegenleistung zahlen werde. Redner brachte einen Beschluß antrug ein, in welchem die Regierung aufgefordert wird, energische Maßnahmen gegen die Zuckerkartelle zu treffen und den an den Kartellen threibenden Fabriken die staatlichen Begünstigungen zu entziehen. Finanzminister Lukacs erklärte, im Prinzip sei er ein Gegner der Zuckerprämien, da aber Deutschland die Prämie auf das Doppelte erhöht habe, müsse auch hierzu Lande eine diesbezügliche provisorische Verfügung getroffen werden. Der Minister widerlegte sodann die Behauptung, als ob Ungarn keine Zuckerproduktion hätte; Ungarn erzeuge die mehr 1,3 Millionen Doppelzentner, konsumire aber nur 0,6 Millionen Doppelzentner; er erklärte im Falle der Ablehnung der Vorlage müßten die Fabrikanten ihren Betrieb einstellen oder wenigstens einschränken.

Budapest, 20. Juni. Die Delegationen wurden heute geschlossen.

Rom, 21. Juni. Nach einer Meldung der "Agencia Stefani" aus Rom konstituiert der österreichisch-ungarische Botschafter Freiherr v. Calice Schritte, die auf eine Wiederherstellung der Ruhe in Krete hinzielten. Der Botschafter verlangt zu diesem Zweck Ernennung eines christlichen Gouverneurs, Wiederherstellung des Vertrages von Haleppa und Einberufung des Landtages. Alle Botschafter seien beauftragt, die Schritte des österreichisch-ungarischen Botschafters zu unterstützen.

Rom, 21. Juni. Dem "Messagero" zufolge ist durch Vermittelung eines in Schio wohnhaften französischen Staatsangehörigen ein Brief eines bei Menelik gefangenen italienischen Soldaten an dessen Familie in Turin gelangt, nach welchem sich in Abissababa 1500 Gefangene befinden. Ihre Reise dauerte zwei Monate. Sie ernährten sich während dieser Zeit von gerösteter oder roher Gerste und kamen sehr mangelhaft bekleidet und mit blutenden Füßen an. Viele in Abissababa wohnende Europäer unterstützten die Gefangenen. Diese wurden verständigt, daß sie zur Erbauung einer neuen Königsburg für Menelik verwendet werden sollen.

Rom, 21. Juni. Der Unterstaatssekretär im Kriegsministerium General Doliviere hat sein Entlassungsgesuch zurückgezogen.

Rom, 21. Juni. Der König verlieh mittels eines Motu proprio dem General Baldassera das Großkreuz des Militärordens von Saboyen.

Petersburg, 20. Juni. Durch kaiserlichen Utaas wird zur Erinnerung an die Krönung in Moskau eine Medaille gestiftet. Das Recht, diese Medaille zu tragen, haben alle Civil- und Militärbeamten, welche sich während der Krönungsfeierlichkeiten in Moskau befanden, ferner alle Dienstigen, welche der Krönung als Vertreter bewohnten und diejenigen, welche an den Vorbereitungskarabinen beteiligt waren. Die Medaille besteht aus Silber und wird am hellblauen Bande des Andreaskreuzes getragen.

Paris, 20. Juni. Der Ministerpräsident Möller empfing heute den Staatssekretär der Transvaal-Republik v. Böschoten, welcher die Genugthuung seiner Regierung über die zwischen Transvaal und Frankreich bestehenden und sich immer mehr ausbreitenden Handels- und Freundschaftsbeziehungen zum Ausdruck brachte.

Paris, 20. Juni. Die Marquise Morès hat gestern Abend eine Depesche aus Tunis erhalten, welche den Tod des Marquis in Frage stellt. Diese Ansicht gründet sich auf die Unwahrscheinlichkeit der Beschreibung der Massacres. Dagegen wird aus Tunis gemeldet: Eine von dem Dorf Cluatin hier eingetroffene Karawane berichtet, daß sie die fünf Leichen der zu der Mission des Marquise Morès gehörenden Personen erkannt habe.

Brüssel, 20. Juni. Das Schwurgericht verurteilte heute den früheren Kästner der "Société Générale Belgique" de Henin wegen Unterschlagung von 2 Millonen Francs zu zehn Jahren Gefängnis und 1000 Francs Geldbuße.

Madrid, 20. Juni. Dem Kongress ist heute von der Regierung ein Gesetzentwurf folgenden Inhalts vorgelegt worden: Die Regierung wird ermächtigt, den Boden- und Industrie-Produktionsfonds des deutschen Reiches die Bollszäze des zweiten Tarifs (Minimaltarif) aus dem gegenwärtig für Spanien und Kuba sowie Puerto Rico geltenden Bollszäze ohne weitergehende Zugeständnisse zu gewähren, wofür Deutschland seinerseits den Erzeugnissen aus Spanien und seinen Kolonien die Bollszäze seines Generaltarifs gewährt ohne die Befreiung, welchen gegenwärtig einzelne Waarengruppungen unterworfen sind.

Madrid, 2. Juni. Im Senat stand eine längere Debatte statt über die bezüglich des Duells zwischen Martínez Campos und Borrero von dem Obersten Gerichtshof getroffene Entscheidung. Die Mitglieder der liberalen Partei sprachen

